

Berlin, 2. August 2021

## Pressemitteilung

### **Repräsentative Umfrage zur „Altersvorsorge und Aktienrente“: Große Mehrheit der Bevölkerung befürwortet Aktienrente und hat kein Vertrauen in gesetzliche Altersvorsorge**

- Im Auftrag der Initiative Minderheitsaktionäre durchgeführte forsa-Umfrage zeigt, dass 86 Prozent der Befragten kein Vertrauen in die Stabilität und Sicherheit der gesetzlichen Rentenversicherung in ihrer aktuellen Form haben
- 58 Prozent der Befragten befürworten den Vorschlag der Einführung einer Aktienrente als Bestandteil der gesetzlichen Rente
- Aktie als private Vorsorgekomponente spielt in Deutschland immer noch eine untergeordnete Rolle, obwohl eine knappe Mehrheit der Befragten Aktien, Aktienfonds und ETFs als geeignet für die Absicherung im Alter ansehen
- Mehrheitlichem Interesse der Befragten an der Anlageform Aktie steht eine große Skepsis hinsichtlich der Mitspracherechte von Minderheitsaktionären bei börsennotierten Gesellschaften gegenüber
- Initiative Minderheitsaktionäre fordert Stärkung von Anlegerrechten und sieht dringenden Handlungsbedarf in der neuen Legislaturperiode

Die Initiative Minderheitsaktionäre, die sich für eine Stärkung der Aktionärsrechte in Deutschland einsetzt, hat in Zusammenarbeit mit der forsa Politik- und Sozialforschung GmbH eine repräsentative Umfrage zur Zukunft der gesetzlichen Rente unter dem Titel „Altersvorsorge und Aktienrente“ durchgeführt. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen eine klare Reformbereitschaft in der Bevölkerung hinsichtlich der gesetzlichen Rentenversicherung. Mit 86 Prozent der Befragten hat die überwältigende Mehrheit kein Vertrauen in die Stabilität und Sicherheit der gesetzlichen Rentenversicherung in ihrer aktuellen Form. Die Aktienrente als Kern einer möglichen Rentenreform wird von 58 Prozent der Befragten befürwortet und damit als sinnvolle kapitalgedeckte Rentenkomponente betrachtet. Insbesondere jüngere Befragte sehen die Vorzüge von Aktien, Fonds und ETFs zur Vermögensbildung und Altersvorsorge.

Die aktuelle Umfrage zeigt auch, dass Aktionärsrechte in Deutschland noch unzureichend ausgestaltet sind. Dies drückt sich vor allem in einem mangelnden Mitspracherecht von Minderheitsaktionären bei börsennotierten Unternehmen aus. 84 Prozent der Befragten glauben, dass sie in Deutschland über wenig bis gar keine Mitspracherechte bei börsennotierten Gesellschaften verfügen. Mit dem steigenden Interesse an und möglicherweise zukünftigen Zugang der Gesamtbevölkerung zu den Kapitalmärkten, ist nach Auffassung der Initiative Minderheitsaktionäre eine Stärkung von Anlegerrechten in Deutschland unabdingbar. Sie sieht diesbezüglich dringenden Handlungsbedarf und wird sich weiterhin konsequent für eine Stärkung dieser Rechte sowie für den Ausbau der Aktionärsdemokratie in Deutschland einsetzen.

Vor diesem Hintergrund verfolgt die Initiative Minderheitsaktionäre die aktuelle politische Diskussion hinsichtlich einer Reform der gesetzlichen Altersversorgung, in deren Mittelpunkt die Einführung einer Aktienkomponente stehen könnte, intensiv. Eine derart ausgestaltete Rentenreform erscheint insbesondere vor dem Hintergrund der in Deutschland niedrigen Aktionärsquote in der Bevölkerung als geeignetes Instrument, langfristig Kapital aufzubauen, eine Absicherung im Alter zu ermöglichen und gleichzeitig das sich in den kommenden Jahrzehnten verschärfende Rentendilemma in Deutschland abzumildern.

Robert Peres, Vorstandsvorsitzender der Initiative Minderheitsaktionäre, sagte: „Unsere Umfrage zeigt ein großes Interesse in der deutschen Bevölkerung an der Aktie im Allgemeinen und an einer aktienbasierten Rentenkomponente im Besonderen. Vor allem unter jüngeren Befragten scheint sich eine vielversprechende Aktienkultur zu entwickeln. Länder wie Schweden und Norwegen verfügen bereits über erfolgreiche kapitalgedeckte Vorsorgemodelle und sind uns Jahre voraus. Wir befürworten die Einführung einer aktienbasierten gesetzlichen Rente und sehen darin einen wichtigen Baustein zum langfristigen Kapitalaufbau, der vor allem zur Schließung der Rentenlücke der nachkommenden Generationen beitragen könnte. Unsere Umfrage zeigt leider auch, dass Anlegerrechte hierzulande immer noch unzureichend ausgestaltet sind. Mit einem steigenden Anteil von Aktionären in der Bevölkerung wird dies umso wichtiger. Unsere Initiative wird sich daher auch in der nächsten Legislaturperiode mit Nachdruck für eine Stärkung von Anlegerrechten einsetzen.“

Die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage unter 1.002, nach einem Zufallsverfahren ausgewählten Bundesbürgern zwischen 18 und 70 Jahren, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Eine große Mehrheit der Befragten (86%) ist der Meinung, dass das Rentenniveau absinken und es zu einer Versorgungslücke bei der gesetzlichen Rente kommen wird. Nur 11% der Befragten meinen, dass das Versprechen durch die Politik, langfristig eine sichere und stabile Rente zu gewährleisten, gehalten werden kann.
- Unter den Befragten, die bereits Aktien besitzen, ist die Skepsis besonders groß: 91 Prozent der Umfrageteilnehmer glauben nicht an eine stabile zukünftige gesetzliche Altersversorgung.
- Die Mehrheit der Befragten (58%) würde die Einführung einer Aktienrente als Bestandteil der gesetzlichen Rente befürworten. Überdurchschnittlich hoch ist die Befürwortung eines solchen Bürgerfonds bei Männern (63%) und Befragten, die bereits Aktien besitzen (72%).
- Für die Teilnehmer der Umfrage gehören Versicherungsprodukte (41%) sowie die Riester-Rente (28%), die allerdings unter den jungen Befragten wenig Popularität genießt, zu den am häufigsten genutzten Instrumenten der privaten Altersvorsorge.
- Ein Fünftel der Befragten (21%), die bisher keine der abgefragten privaten Vorsorgeprodukte nutzen, hat vor, zukünftig private Vorsorgeprodukte wie Aktien, Aktienfonds, Aktienanlagen, Investmentfonds oder die Riester-Rente zu nutzen, um sich im Alter abzusichern.
- Eine knappe Mehrheit der Befragten (51%), unter ihnen insbesondere jüngere Befragte zwischen 18 und 45 Jahren, hält Aktien, Aktienfonds bzw. ETFs zur Absicherung im Alter für geeignet. Bei den 18- bis 29-Jährigen sind es sogar 61% der Befragten.
- Für eine Mehrheit der Befragten (58%) wäre es ein Anreiz, verstärkt in Aktien, Fonds, ETFs oder Anleihen zu investieren, wenn diese nach einer Haltedauer von mindestens 5 Jahren steuerfrei wären. Überproportional groß ist die Gruppe der Befürworter dieser Steuerfreiheit bei den 18- bis 29-Jährigen (75%).
- Insgesamt 84% der Befragten sind der Meinung, dass sie in Deutschland über wenig bis gar keine Mitspracherechte bei börsennotierten Gesellschaften verfügen. Lediglich 5% glauben, dass sie ein großes Mitspracherecht haben.

Die vollständigen Umfrageergebnisse können auf der Website der Initiative Minderheitsaktionäre heruntergeladen werden: <https://initiative-minderheitsaktionäre.org/>

## **Die Initiative Minderheitsaktionäre**

Die Initiative Minderheitsaktionäre e.V. wurde 2016 von unabhängigen Anlegern gegründet. Von ihrem Sitz in der Hauptstadt Berlin aus betreibt die Initiative eine Kommunikationsplattform für Informationen rund um die sozialpolitische Funktion der Aktienanlage. Sie wirkt auf die Verbesserung der Aktionärsrechte in der Rechts- und Wirtschaftspolitik hin, insbesondere dort, wo Minderheitsrechte über Jahre abgebaut worden sind. Zudem tritt die Initiative mit dem Gesetzgeber, der Justiz, den juristischen Fakultäten, den Medien sowie mit anderen interessierten Zielgruppen in einen Dialog darüber, wie die Rechte der Anleger wieder gestärkt werden können.

Weitere Informationen unter: <https://initiative-minderheitsaktionaeere.org/>

Initiative Minderheitsaktionäre e.V.  
Leipziger Platz 9  
10117 Berlin  
Tel: 030 - 5090 5621  
Email: [info@initiative-minderheitsaktionaeere.org](mailto:info@initiative-minderheitsaktionaeere.org)

Vertreten durch:  
Robert Peres